



CdR/05/CP 132.en

Brüssel, 17. November 2005

Wallstrom fordert eine "Kopernische Revolutionierung" der Kommunikationswege der EU und begrüßt den Apell des AdR, Dezentralisierung in den Plan D einzubeziehen

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Margot Wallström, begrüßte heute Forderungen nach Dezentralisierung als den Kernaussagen ihrer „Plan D“-Initiative entsprechend, welche darauf abzielt, Europa seinen Bürger durch mehr „Demokratie, Dialog und Diskussion“ näher zu bringen.

Auf der Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel erklärte die Kommissarin für institutionelle Beziehungen und Kommunikation, dass Dezentralisierung eine „exzellente Methode“ zur Überbrückung des, wie sie es nennt, „wachsenden Grabens zwischen der Welt der Politik und dem Leben der Menschen“ sei.

Frau Wallström betonte gegenüber den Mitgliedern, dass sie den Zusammenhang zwischen Plan D und der Dezentralisierung voll und ganz anerkenne. Sie fügte hinzu, dass dies „ein sinnvoller Weg, den wir beschreiten sollten“ sei.

In ihrer Rede auf der Plenartagung sagte die Kommissarin, dass Europa schwierigen Zeiten entgegensetze, und eine „Kopernischen Revolutionierung“ der Kommunikation mit der Bevölkerung nötig wäre.

Eine der Lektionen aus den gewalttätigen Ausschreitungen der letzten Wochen in Frankreich sei, dass Politiker beginnen müssen, ihre Bürger als „Zentrum aller Dinge“ zu sehen. „Das ist nicht nur ein Problem von Frankreich oder von Bürgermeister großer Städte. Es ist eine Warnung an alle europäischen Politiker“, fügte sie hinzu.

Die Kommissarin betonte, dass Brüssel die Revolutionierung nicht alleine durchführen könne: es müsse ein gemeinsames Projekt werden, bei dem örtliche und regionale Politiker die Hauptverantwortung tragen.

„Ich baue darauf, dass dieser Ausschuss EU-weite Beratungen auf regionale und örtliche Ebene verlagern kann. Sie sind in der optimalen Position, um örtliche Diskussionen über lokale Themen mit europäischem Bezug zu initiieren und um das Feedback aus diesen Diskussionen an die Kommission und an andere



Brüsseler Einrichtungen weiterzuleiten. Sie sind auch in der optimalen Position, um Informationen in die andere Richtung weiterzuleiten – von Brüssel an die Menschen in Ihren Regionen“, sagte sie.

Die Kommissarin nahm eine Einladung des AdR-Präsidenten, Peter Straub, zu einem Treffen mit Vertretern von Vereinigungen der örtlichen und regionalen Behörden im nächsten Juni an. Nach Ansicht des Präsidenten sei ein „systemtischer Dialog“ unerlässlich; zudem forderte er die Kommissarin auf, regelmäßige Treffen mit regionalen Journalisten zu veranstalten und sicherzustellen, dass ihre Abteilung sich bei dem „Tag der offenen Tür der europäischen Woche der Regionen und Städte“, eine jährlich von AdR und der DG REGIO der Kommission in Zusammenarbeit mit regionalen Behörden in Brüssel organisierte Veranstaltung, mehr engagiert.

Auch Michel Delebarre, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion und Bürgermeister von Dunderque in Frankreich, brachte einige konkrete Vorschläge vor. Die Kommission solle aus der Bedeutung des Strukturfonds, dem „Gesicht Europas“, Nutzen ziehen, indem sie darauf besteht, die Öffentlichkeit zu informieren, sobald große Projekte finanzielle Unterstützung seitens der EU erhalten.

Er forderte eine stärkere Gewichtung der Ausbildung junger Menschen und mehr Aufklärung darüber, „wie die europäische Realität aussieht“. Die EU-Einrichtungen bräuchten mehr bürgernahe Sprecher und solle ihre Beamten verpflichten, einen Teil ihrer Karriere in den Regionen und Städten zu verbringen, so dass ihnen die Einschränkungen der Behörden bei der Durchsetzung von EU-Recht bewusst werden.

Als Antwort auf diesen Vorschlag sagte Frau Wallström, dass einige Länder es „beschämend“ fänden, zugeben zu müssen, dass sie EU Finanzierungsmittel zu bekommen, aber dass es Anzeichen für eine Änderung dieser Einstellung gäbe. Sie versprach, die zivile Aufklärung zu einem „sehr bedeutenden Thema“ ihres Weißbuches über die Kommunikation Europas, das nächsten Monat erscheint, zu machen, dabei baue sie auf die Unterstützung der örtlichen und regionalen Behörden dieser Region.

Sie stimmte dem Vorschlag von Herrn Delebarre zu, die Beamten zu einer Zeit in den Regionen und Städten zu verpflichten, um die örtlichen Belange vor Augen zu haben. Sie habe diese Idee schon in einem internen Aktionsplan vorgetragen.

Franz Schausberger, Vertreter des österreichischen Bundeslandes Salzburg und Sprecher der EVP-Fraktion, forderte zudem ein „D für Dezentralisierung“. Er bestand darauf, dass es einen „klaren Zeitplan für eine Dezentralisierungsdebatte in Europa“ geben müsse.

Seiner Ansicht nach, sollen die Kommissionsvertreter die Arbeit des AdR in den Mitgliedstaaten aktiv fördern: „Wir sind nicht eine Gruppe von Einzelkämpfern“, verkündete er. Er forderte auch die EU-Beamten zu mehr Bürgernähe auf: „Sie müssen aufhören, in ihren Glasshaus zu sitzen, herauskommen und mit den Menschen reden.“

Auch Frau Wallströms Landsmänner, Kent Johansen, Vorsitzender der ALDE-Fraktion und regionaler Vorstand des Västra Götaland, sowie Anders Gustav (EVP), Bürgermeister von Solna, ließen nicht locker.

Hr. Johanssen bekräftigte die Ansicht, dass Dezentralisierung in den Plan D integriert werden müsse und forderte die Kommissarin auf, ihre früheren Erfahrungen als Fernsehdirktorin zu nutzen, um stärkere Beziehungen zum regionalen Fernsehen herzustellen. Die Herausforderung bestünde darin, der „20er Generation“ eine neue Vision von Europa zu vermitteln.

Hr. Gustav sagte, er wünsche sich Treffen des Kommissionspräsidenten, José Manuel Barroso, mit Vertretern der Regionen und Städten auf seinen Besuchen in den Mitgliedsstaaten, und nicht nur Treffen mit Persönlichkeiten auf nationaler Ebene. Er betonte auch das Bedürfnis nach mehr Subsidiarität: „Europa soll von dem, was es gut macht, mehr machen, aber das ist auch alles.“

Keith Brown, Vorsitzender der UEN-EA-Fraktion und Ratsmitglied in Clackmannanshire in Schottland, sagte, dass ein „kontinuierlicher Dialog“ lebensnotwendig für die EU sei, wenn sie ihre Ziele in Sachen Kommunikation erreichen will. Vor allem müsse die EU, seiner Meinung nach, „auf dem Boden der Tatsachen bleiben“ und das offensichtlich in Europa zu Tage tretende Gefühl des Abdriftens vermeiden.

Die Kommissarin stimmte ihm in der Hinsicht zu, dass die EU auf dem Boden der Tatsachen bleiben müsse: in den Augen der Öffentlichkeit erscheine sie nur dann glaubwürdig, wenn die Versprechen eingehalten werden. Ergänzend fügte sie hinzu, dass Schottland als Pilotprojekt für ein Projekt der Kommission zur Förderung des Demokratiebewusstseins und der Aufklärung dienen werde.

Für weitere Informationen, wenden Sie sich bitte an:

Estelle POIDEVIN

Tel. +32 (0)2 282 22 70

Fax +32 (0)2 282 20 85

email: estelle.poidevin@cor.eu.int

Dennis ABBOTT

Tel. +32 (0)2 282 20 99

Fax +32 (0)2 282 20 85

email: dennis.abbott@cor.eu.int